

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg

Telex: 633028

DVR: 0078182

REFERAT FÜR FAMILIENPOLITIK

**Präsidium
des Nationalrates
Parlament
1010 Wien**

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)
3/03-112/36-1987

Schwarzstraße 21

☎ (0662) 75323 Durchwahl

Datum

4.11.1987**Betreff****Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienberatungsförderungsgesetz geändert wird****Blg.: 25**

BUNDES GESETZENTWURF	
Zl.	71 - GE/987
Datum:	10. NOV. 1987
Verf. d.	10. Nov. 1987 Kreuz Schüller

Dem Wunsch des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie entsprechend, werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme zur Veränderung des Familienberatungsförderungsgesetzes übersandt.

**Für die Landesregierung:
Dr. Vogelsang**

**Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:**

**Kopie ergeht an das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie,
1015 Wien, Mahlerstraße 6**

Betr.: Änderung des Familienberatungsförderungsgesetzes

Bezugnehmend auf die Änderung des Familienberatungsförderungsgesetzes wird folgende Stellungnahme des Referates abgegeben:

Die beabsichtigte Änderung des § 2 Abs. 1 Z. 3 wird begrüßt.
(Durch die Herausnahme des Arztes wird sicher eine Verringerung der laufenden Honorarkosten erreicht.)

Aufgrund der organisatorischen Struktur der Familienberatungsstellen des Landes Salzburg ist das Referat für Familienpolitik der Meinung, daß neben dem Sozialarbeiter im § 2 Abs. 1 Z. 3 alternierend auch der Psychologe verankert werden sollte. Sozialarbeiter oder Psychologe würden durch die Anwesenheit die Förderungsvoraussetzungen erfüllen. (Sozialarbeiter und Psychologe werden neben den fachspezifischen Problemen vor allem zu Erstgesprächen eingesetzt und damit häufig dem Arzt oder Juristen vorangestellt. Fachlich ist kein Zweifel, daß der in der psychosozialen Versorgung eingesetzte Psychologe den schon bisher anerkannten diplomierten Eheberatern bzw. Psychagogen mindestens gleichzustellen ist.

Die Forderung nach 4 Stunden Beratungszeit innerhalb einer Woche scheint zu hoch gegriffen und der Spartendenz zuwiderlaufend. Richtig ist, daß die Kontinuität der Beratung durch mindestens ein Beratungsangebot in der Woche gewährleistet sein soll, jedoch 2 Stunden dafür ausreichen. (Weitere Termine sollten wie bisher nach Bedarf jederzeit mit dem gewünschten Berater jeder Fachrichtung vereinbart werden können. Eine Pflichtanwesenheit von 3 oder 4 Stunden würde wieder eine Erhöhung der Personalkosten bedingen.)

Die Veränderung im § 5 Abs. 1 Z. 1 von "gesetzesmäßig" auf "widmungsgemäß" bedarf einer Erklärung.

Anregung zur Verwaltungsvereinfachung:

Die Wochen sollen nach den vorgegebenen Kalenderwochen gezählt werden.